

mativ als Einwanderungsstadt“, trotz der „Sprengkraft migrationspolitischer Fragen“ und alltäglichem Fremdenhass. Symbol ist der „hart umkämpfte, heute akzeptierte Bau der Yavuz-Sultan-Selim-Moschee“ (1993–1995). „Befreiungsschlag“ war das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1998 mit dem Doppelpass, während die Stadt die lokale Migrationspolitik professionalisierte und „Multikulti“ zur Leitidee wurde. Neue Abwehrhaltungen kamen mit den Asylanten, ebenso die Erkenntnis, dass „die Probleme herkunftsgesteuerter Vielfalt niemals vollständig gelöst werden können“, da sie „Teil gesellschaftlicher Dynamiken sind“. Die Integration von Eingewanderten ist, wie Sozial-, Verkehrs- und Bildungspolitik, „eine Dauerbaustelle“ – und „Einwanderungsstadt zu sein, heißt nicht, dass Fremdenfeindlichkeit verschwindet“. Doch wird für 2020 festgehalten, dass hier „die Stadt der Eingewanderten Normalität ist“ und man „für das Zusammenleben in Metropolen“ sogar „Vorbild“ sein will (Ph. Gassert, S. 260–295).

Mit Sicherheit haben die „Expertinnen und Experten“ (S.7) ihre jeweilige Zielsetzung für die Darstellung der Mannheimer Zuwanderungsgeschichte erreicht, vorbildlich auch für andere Kommunen. Dazu tragen die kompakten, übersichtlichen Texte ebenso bei wie die reiche Bebilderung und die Schaubilder. Von allgemeinem Wert sind die Erkenntnisse über „die Fremdheit“, die weniger „kulturell“ als „sozial“ verursacht ist: durch „mangelnde Zugehörigkeit“ (S. 89 f.) bzw. „Nichtzugehörigkeit“ (S. 247). Betroffen macht, dass trotz aller Initiativen und Kampagnen der Rassismus nicht zu verdrängen ist: „Er ist in die Gesellschaft tief eingeschrieben“ (S. 287).

Ein Problem des Rezensenten am Rande: Das ausgiebige „Gendern“, das dem „Vergnügen an der Lektüre“ (S. 5) doch zusetzte. Neben Paarformen („Exulantinnen und Exulanten“) häufen sich die Gendersternchen: „Erst als Bürger*innen bzw. Beisass*innen waren Migrant*innen [...] integriert.“ Kunstwörter wie „Zeitgenoss*innen“, „Dienstbot*innen“, „Türk*innen“, „Pol*innen“, „Russ*innen“ u. v. a. bestehen die „Weglassprobe“ nicht. Wäre in ihrem Kontext das generische Maskulinum nicht sprachlich eindeutig? Wen meinen „Refugiés“, und sind „feindliche Ausländer*innen“ oder „Spätheimkehrer*innen“ wirklich aus den Quellen zitiert?

Hans Harter

Lea OBERLÄNDER, Mannheims verdrängte Opfer. Porträt einer Stadt im System der NS-„Euthanasie“. Ubstadt-Weiher: verlag regionalkultur 2022. 312 S., 27 Abb. ISBN 978-3-95505-318-5. € 29,80

In den letzten Jahren sind mehrere dezidiert lokal- und regionalgeschichtliche Studien zum Themenkomplex Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“ veröffentlicht worden. Während der Fokus zahlreicher historischer Studien bisher auf den Tatorten, also den einzelnen Anstalten, Heimen und Kliniken lag, verschiebt sich in jüngerer Zeit der Fokus mehr auf das soziale Eingebundensein der Institutionen und ihre Interaktionen mit der breiteren Gesellschaft. Die detaillierte Rekonstruktion der verschiedenen Mordaktionen ist noch immer nicht überall abgeschlossen. Dennoch rücken nun verstärkt breitere, sozialhistorische Fragestellungen in den Mittelpunkt. Welche gesamtgesellschaftlichen Konstellationen ermöglichten die Patientenmorde, und wie wirkten sich diese wiederum auf die Sozialstrukturen im Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik aus? Diesem Problemkomplex widmet sich auch Lea Oberländer.

Oberländers Studie ist die überarbeitete Fassung ihrer Dissertation, die sie im Sommer 2020 an der Universität Mannheim eingereicht hat. Über etwas mehr als 300 Seiten verfolgt

sie zwei Ziele: Einerseits sollen die Mannheimer Opfer identifiziert und re-personalisiert, andererseits soll die Rolle der Kommunen in „Euthanasie“ und Zwangssterilisation beleuchtet werden. Als Quellen dienen ihr die Datenbanken der Gedenkstätten, etwas mehr als 350 Patientenakten der verschiedenen Heil- und Pflegeanstalten sowie deren Aufnahme- und Sterbebücher (S. 26–29). Daneben zieht sie zahlreiche Dokumente der Stadt Mannheim heran, insbesondere standesamtliche Quellenbestände. 363.747 Geburtsurkunden wurden von einem Projektmitarbeiter durchgesehen, um weitere Mannheimer Opfer zu identifizieren (S. 31). Daneben nutzte Oberländer Todesanzeigen aus der Lokalpresse, Dokumente aus städtischen Krankenanstalten und Ratsprotokolle. Zudem führte sie vier Interviews mit Angehörigen der Opfer. Für die Quellenauswertung wählte Oberländer einen kollektivbiographischen Ansatz, der statistisch-quantitative Analysen mit Einzelbiografien verbindet (S. 33).

Im Anschluss an ein Grundlagenkapitel (S. 43–112), das den Forschungsstand und die Kontexte des Patientenmords erläutert, präsentiert Oberländer ihre Ergebnisse in drei Themenkapiteln. Im zweiten Kapitel „Aus den Anstalten verdrängt: Wege in den Tod“ (S. 114–169) beschreibt Oberländer die Schicksale der mindestens 1.040 Mannheimer Opfer in den verschiedenen Mordaktionen. In der „Aktion T4“ kamen mindestens 665 Mannheimer*innen um – der Großteil von ihnen in Grafeneck (519 Personen) und Hadamar (105 Personen, S. 114). 29 Kinder und Jugendliche wurden in der „Reichsausschussaktion“ und im „Kindermord“ sowie 10 jüdische Bürger*innen in der „Sonderbehandlung 14f13“ ermordet. In der zweiten Phase, Oberländer fasst die „kooperative Euthanasie“ und das Hungersterben in den Anstalten zusammen, kamen 298 Mannheimer*innen zu Tode. In 38 Fällen konnten die Todesumstände nicht genauer geklärt werden, die Ermordung erscheint jedoch wahrscheinlich. Oberländer geht zudem von weiteren, bisher nicht identifizierten Mannheimer Opfern aus (S. 169).

Das dritte Kapitel „Aus der Gesellschaft verdrängt: Eine Stadt und ihre Opfer“ (S. 170–240) stellt den analytischen Mittelpunkt der Studie dar. Oberländer präsentiert hier die kollektivbiographischen Ergebnisse ihrer Arbeit und analysiert die Rolle der Angehörigen, medialen Öffentlichkeit, Kirchen und kommunalen Behörden im Patientenmord. Für die kollektivbiographische Erhebung weist die Autorin auf viele Leerstellen in den Quellen hin. Dennoch lassen sich einige Merkmale destillieren, die weitestgehend mit den Ergebnissen des „T4“-Forschungsprojekts um Maike Rotzoll und Gerrit Hohendorf übereinstimmen: Die meisten Opfer hatten eine Diagnose aus dem schizophrenen Formenkreis erhalten, waren überproportional häufig weiblich, ledig und arm. Bis auf jüdische Patient*innen gab es bei der Verteilung der Konfessionen keine Abweichungen von der Allgemeinbevölkerung.

Oberländer diskutiert kritisch Götz Alys These, die Angehörigen hätten die Krankensterben entweder stillschweigend toleriert oder sogar befürwortet. Sie kommt zu dem Schluss, dass einzelne Familien durchaus ihre Angehörigen regelmäßig besucht, bei den Verlegungen protestiert und Entlassungswünsche hervorgebracht hatten – ihre Beschwerden aber meist wirkungslos blieben (S. 199). Die Reaktionen auf die Todesmeldungen beschreibt Oberländer dementsprechend als „wütende Ohnmacht“ (S. 210). In den Antwortschreiben auf die Todesnachrichten wurden in der Regel keine Zweifel oder Vermutungen zu den Todesumständen geäußert – was auch mit den Drohungen der Verantwortlichen in Grafeneck zusammenhängen könnte (S. 219). Insgesamt kann Oberländer hier aber nur auf wenige Einzelfälle zurückgreifen und mahnt selbst eine systematische Erforschung der Familien im

Kontext der Patientenmorde als Forschungsdesiderat an (S.206). Auch für die städtische Öffentlichkeit kommt Oberländer zu dem Schluss, dass über die Morde geschwiegen wurde. Die nationalsozialistische Presse übte sich sogar ab 1939 gezielt zurückhaltend in der rassenhygienischen Propaganda (S.225). Offen über die „Euthanasie“-Morde zu sprechen, fiel zudem unter das „Heimtückegesetz“ und wurde mit Haftstrafen belegt. Oberländer berichtet von einem entsprechenden Fall in Mannheim – auch hier wäre weitere Forschung notwendig, um solche Einzelfälle zu kontextualisieren.

Explizit als Akteur wird die Verwaltung erst nach den Bombardierungen der Stadt und den Beschädigungen der Krankenhausinfrastruktur sichtbar. Nun forderte der Oberbürgermeister Carl Renninger Ausweichkrankenbetten in Wiesloch ein. Zügig und ohne Bedenken wurden 380 Betten für Mannheimer Patient*innen aus Allgemeinkrankenhäusern auf Geheiß des Ministerialrats Ludwig Sprauer in der Wieslocher Heil- und Pflegeanstalt im Herbst 1943 „geräumt“. Im folgenden Jahr ordnete die NSDAP-Kreisleitung die „Schaffung“ weiteren Bettenraums für somatisch Kranke in Wiesloch an. Die psychisch Kranken wurden nicht nur ins Elsass und nach Südbaden, sondern auch nach Hadamar verlegt, wo die Sterberate besonders hoch war (S.234–236). Die kommunale Politik der Verdrängung erreichte einen Höhepunkt.

Im vierten Kapitel „Aus der Erinnerung verdrängt: Aufarbeitung und Gedenken in Mannheim“ (S.241–277) steht die Nachkriegszeit im Mittelpunkt. Oberländer referiert zunächst aus der Forschungsliteratur weitgehend Bekanntes: desaströse Strafverfolgung und Entschädigungspolitik in der Bundesrepublik sowie die verzögerte Herausbildung eines öffentlichen Bewusstseins für die Gruppe der Zwangssterilisierten und „Euthanasie“-Geschädigten ab den 1980ern werden detailliert beschrieben. Eindrücklich schildert Oberländer anhand von Interviews die späte Auseinandersetzung mit den Patientenmorden in den Familien. Oft begann diese erst in der zweiten oder dritten Generation ab den 2000er-Jahren. Besonders hervorzuheben ist die Rekonstruktion der Entstehung der „KZ-Gedenkstätte“ auf dem Mannheimer Hauptfriedhof (S.263–270). Das 1970 eingeweihte Mahnmal nennt zwar die Namen von 511 Opfern der NS-Gewaltherrschaft, darunter 438 Opfer der Patientenmorde. Es fehlt aber eine historische Kontextualisierung, sodass nicht ersichtlich wird, welchen Opfergruppen gedacht wird. Eine vergleichende Studie zur Friedhofskultur und Entstehung von Mahnmälern in anderen Städten und Kommunen erscheint in diesem Zusammenhang als weiteres Forschungsdesiderat. Trotz verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen konstatiert Oberländer der Stadt eine mangelhafte Erinnerungskultur in Bezug auf die NS-„Euthanasie“ und führt dies unter anderem auf das Fehlen einer psychiatrischen Institution als Ausgangspunkt und Träger der Erinnerungsarbeit zurück (S.277).

In dem Schlusskapitel diskutiert Oberländer noch einmal die Mannheimer Opferzahlen und vergleicht diese mit anderen Städten. Dies wird jedoch durch die unterschiedlichen, nicht standardisierten Opferdefinitionen für die Patientenmorde erschwert. Hier fehle es nach Oberländer an einer gesamtdeutschen Datenbank, die auf einheitlichen Zählweisen beruhe und Forschenden wie Angehörigen einen leichten Zugang zu Informationen ermögliche. Im Vergleich zu anderen deutschen Städten sei die Todeszahl in Mannheim relativ hoch gewesen, was Oberländer vornehmlich auf die starke Einbindung der badischen Psychiatrie in den Patientenmord zurückführt. Zuletzt plädiert Oberländer im Anschluss an Aleida Assmann für eine handlungsorientierte Erinnerungskultur, die im Fall der gefälschten Todesdaten der „Euthanasie“-Opfer auch eine Ergänzung der Geburtenregister und anderen archivalischen Dokumenten umfassen sollte (S.283).

Insgesamt legt die Autorin eine breit angelegte, gut zugängliche und durch zahlreiche Fotografien, Grafiken und einen hochwertigen Druck auch optisch ansprechende Monographie vor. Da die Studie sehr breit angelegt ist, vermisst der Rezensent stellenweise die analytische Tiefe. Die Stärke des Buches – nämlich an der Schnittstelle zwischen Sozialgeschichte und Erinnerungskultur angesiedelt zu sein – ist gleichzeitig seine Schwäche. Einerseits dient die Studie als wichtige Vorarbeit für ein städtisches Gedenkbuch, andererseits sollen aber auch die kommunalen Verdrängungspolitiken beleuchtet werden. Dieses zweite Ziel wird nur teilweise erreicht. Oberländers primärer Verdienst ist die systematische Auswertung eines gewaltigen Quellenkorpus, die Identifizierung von zahlreichen Forschungslücken und die Anregung zur Professionalisierung der Erinnerungsarbeit. Methodisch innovativ ist vor allem ihr Rückgriff auf Todesanzeigen und Presseartikel sowie die Einbeziehung von Angehörigeninterviews. Die eigentliche Beschaffenheit der Verdrängung, ihre verschiedenen Phasen und Aspekte sowie Kontinuitäten und Brüche nach 1945 bleiben in der Darstellung unscharf. Hier hätte eine vertiefte Beschreibung und Analyse dieser Exklusionsprozesse – etwa unterstützt durch neuere Ansätze aus den Disability Studies – gewinnbringend sein können. Obgleich die Studie ihr Potential nicht voll einlöst, ist sie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer integrierten Sozialgeschichte des Patientenmords. Durch das umfangreiche Grundlagenkapitel, die zahlreichen Exkurse und eindrucklichen Biografien lohnt sich die Lektüre insbesondere auch für interessierte Laien ohne entsprechende Vorkenntnisse.

Ralph Höger

Rolf BIDLINGMAIER, *Die Opfer des Nationalsozialismus und der Gewaltherrschaft in Metzingen. Gedenkschrift zur Übergabe des Mahnmals 2021*. Broschüre erhältlich im Rathaus Metzingen.

Im Oktober 2021 wurde am Neuen Rathaus in Metzingen die Skulptur des Metzinger Künstlers Konrad Schlipf enthüllt, die an die Opfer von Nationalsozialismus und Gewaltherrschaft erinnert. Um für die Öffentlichkeit die historischen Hintergründe darzustellen und gleichzeitig diesen Opfern ein Gesicht zu geben, hat der Metzinger Stadtarchivar Rolf Bidlingmaier eine Broschüre mit Biografien von Opfern aus Metzingen verfasst, die exemplarisch für eine weit größere Zahl von Opfern stehen. Im Anhang hat der Autor 42 weitere Opfer kurz portraitiert. Der Autor betont in seiner Einführung, dass er sich bei seiner Auswahl auf diejenigen konzentriert hat, die „die Verfolgung am härtesten traf“.

Stellvertretend für die politisch Verfolgten beginnt Bidlingmaier mit einem Portrait von Albert Fischer, der viele Jahre dem Metzinger Stadtrat und 1924–1933 als KPD-Abgeordneter dem württembergischen Landtag angehörte. 1933 wurde er ins KZ Heuberg, anschließend bis Ende 1934 ins KZ Oberer Kuhberg eingeliefert, wo der mittlerweile 50-Jährige durch die miserablen Haftbedingungen seine Gesundheit ruinierte. Bei Kriegsbeginn 1939 wurde er erneut verhaftet und war bis Kriegsende im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach 1945 war er zeitweise stellvertretender Bürgermeister in Metzingen.

Ein weiteres Portrait gilt der jüdischen Familie Herold. Das Schicksal dieser Familie konnte Bidlingmaier anhand schriftlicher Quellen, aber auch durch Interviews mit den überlebenden Angehörigen der Familie rekonstruieren. Seit 1910 lebte Adolf Herold mit seiner Frau Jenny in Metzingen und baute dort eine Strickwarenfabrik auf. Wie Bidlingmaier betont, war die Familie in den 20er Jahren im Metzinger Bürgertum gut integriert. Seit 1933 folgte eine zunehmende Ausgrenzung, 1936 wanderte eine Tochter nach Palästina